



Analyse der UBA-Studie zur Obsoleszenz

von Stefan Schridde // MURKS? NEIN DANKE! e.V. // Stand 1.03.2016

Das Öko-Institut e.V. und die Universität Bonn, Institut für Landtechnik legten am 15.2.2016 nach mehr als zwei Jahren ihre [Studie](#) vor. Auftraggeber ist das Umweltbundesamt.

Das Umweltbundesamt fasst das [Ergebnis der Studie](#) wie folgt zusammen (Hervorhebung in fett durch den Autor [Stefan Schridde](#)):

UBA-Präsidentin Maria Krautzberger: „**Viele Geräte haben eine zu kurze Lebensdauer.** Aus ökologischer Sicht ist das nicht akzeptabel. Die Herstellung der Produkte verbraucht wertvolle Ressourcen; Schadstoffe und Treibhausgase belasten Umwelt und Klima. **Wir müssen über Mindestanforderungen an Produktlebensdauer und Qualität nachdenken – eine Art Mindesthaltbarkeit für Elektro- und Elektronikgeräte.** Gleichzeitig werden viele Geräte ersetzt, obwohl sie noch gut funktionieren. Es ist daher genauso wichtig, dass Verbraucherinnen und Verbraucher Produkte länger nutzen.“

Analyse der vorgelegten Studie

Für dieses mehr als dreihundert Seiten starke Dokument brauchten die Auftragnehmer zu seiner Erstellung deutlich mehr als die beauftragte Zeit. Statt der in der Auftragsvergabe veranschlagten fünfzehn Monate sind es fast drei Jahre geworden. Die Erwartungen an das Ergebnis sind damit groß. Insbesondere erwartet die Öffentlichkeit klare und rasch umsetzbare Lösungsansätze zu der bereits in der gesamten EU diskutierten geplanten Obsoleszenz.

Das Problem der großen Schadfolgen durch die vielfältigen Ausprägungen der geplanten Obsoleszenz und der erkannte Handlungsdruck sind auf europäischer Ebene präsent und durch eine Vielzahl bereits vollzogener Aktivitäten dokumentiert. Vor und während des Untersuchungszeitraums der Studie kam es bereits zu einer breiten Diskussion auf allen Ebenen der Gesellschaft und zu zahlreichen Fachveröffentlichungen. Die EU-Kommission fordert bereits Maßnahmen gegen geplante Obsoleszenz auf nationaler Ebene, Frankreich führt Gesetze gegen geplante Obsoleszenz ein, die Verbraucherministerkonferenz der Bundesländer forderten 2013 und 2015 Maßnahmen gegen geplante Obsoleszenz auf der Bundesebene.

Eine überzeugende Gemeinschaft von Verbraucherschutzorganisationen, Hochschulen, Forschungsorganisationen, Gewerkschaften, Natur- und Umweltschutzverbänden und weiterer NGOs auf deutscher und europäischer Ebene macht sich stark für eine rasche Umsetzung von zielführenden Programmen und Maßnahmenpaketen für mehr Haltbarkeit und gegen geplante Obsoleszenz.



Man darf also davon ausgehen, dass die nun vorgelegte Studie darauf Bezug nimmt und zu neuen oder weiterführenden Erkenntnissen und rasch umsetzbaren Lösungsvorschlägen kommt. Für die Studie selbst wurde der Auftrag seitens der Auftraggeber thematisch ausgeweitet. Die Auftragnehmer sollten alle Formen von Obsoleszenz thematisieren und an bestimmten Produktgruppen genauer untersuchen, eine Informationsgrundlage schaffen und Strategien gegen Obsoleszenz entwickeln.

Kurzfassung

Arbeit unvollständig, Fakten ignoriert, Neutralität fehlt

Die Studie verschweigt auf den mehr als 300 Seiten mehr als sie schreibt. Sie liefert keine wirklich neuen Erkenntnisse. Die Studie ignoriert stattdessen bereits erfolgte Bestätigungen und Belege der geplanten Obsoleszenz. Aus dem bereits vorliegenden faktenreichen Material der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte in ganz Europa werden nur die der eigenen Argumentation dienenden Inhalte entnommen. Mit rhetorischen Tricks, eigenwilligen Reduzierungen und geneigten Interpretationen versucht man die klare Sicht der Öffentlichkeit zu vernebeln. Bedenkt man, dass diese Studie eine politische Entscheidungsgrundlage sein könnte, wird vor einer solchen Verwendung zur Vorsicht geraten.

Besonders auffällig: Die Studie benennt wissenschaftlich anerkannte Unterkategorien der geplanten Obsoleszenz (werkstoffliche, funktionelle, psychologische und ökonomische Obsoleszenz), nennt dazu viele konkrete Fakten und bestätigt damit geplante Obsoleszenz in ihren unterschiedlichen Ausprägungen. Abweichend von den selbst zitierten Quellen reduziert man jedoch den Oberbegriff der „geplanten Obsoleszenz“ durch eigene Neuinterpretation auf die arglistige Ausprägung, wobei man selbst eine solche Reduzierung unzutreffender Weise der öffentlichen Debatte und medialen Darstellung vorwirft. Die Studie versucht die Hersteller als „unschuldige“ Lieferanten zu entlasten, die lediglich Konsummustern folgen würden. Damit vertauscht sie wissentlich Ursache und Wirkung. Eine Bestellung für kurzlebige und minderwertige Produkte wird sie kaum vorlegen können. Das sich Arglist selbst nur vor einem strafrechtlichen Gericht seriös beweisen lässt, ignorieren die Studienbetreiber dabei völlig.

Die Studie bezweifelt mit ihren Aussagen indirekt die Berechtigung und Sinnhaftigkeit bereits erfolgten Regierungshandelns in Europa (z.B. EU-Kommission, EWSA, Frankreich, Verbraucherministerkonferenz) und ignoriert die diesen Entscheidungen zugrunde liegenden Prüfungen. Der Auftrag selbst wurde unvollständig bearbeitet und die Auftragszeit erheblich überzogen. Wesentliche Teile wurden daher im Studienverlauf vom Auftraggeber auf andere Studien ausgelagert. Die für eine wissenschaftliche Forschungsarbeit gebotene Neutralität und Ausgewogenheit ist nicht gegeben. Der komplexen Aufgabe ist man nicht Herr geworden.



Lange Bank zum Nachdenken?

Der Vorschlag der „Einführung einer Mindesthaltbarkeitsdauer“ ist einer der kompliziertesten Lösungswege mit dem höchsten Zeitbedarf zu dessen Umsetzung. Dies käme dem Verschieben einer Lösung auf die „lange Bank“ gleich. Die dafür geforderte langwierige Entwicklung von Messnormen und Standards für Bauteile und Geräte ist eine typische Auftragsarbeit von Forschungsinstituten wie dem Öko-Institut, das bereits im Bereich der Öko-Design-Richtlinie und dem Blauen Engel tätig geworden ist.

Zielführender und rascher umsetzbar ist beispielsweise die Einführung einer transparenten Kennzeichnungspflicht für die der Produktentwicklung bereits zugrunde liegende geplante Gebrauchsdauer. Weitere bereits in der Fachliteratur vorgeschlagene leichter umsetzbarere Handlungsansätze lässt die Studie dagegen außer Betracht.

Warum Frau Krautzberger über Mindestanforderungen an Produktlebensdauer und Qualität nur nachdenken will, ist unklar, da man ja eine Studie mit der Entwicklung von Strategien und Handlungsvorschlägen beauftragt hatte. Damit die kaufende und nutzende Gesellschaft Produkte länger nutzen kann, müssen dafür unverzüglich auf Seiten der Politik, der Hersteller, des Handels und der Reparaturwirtschaft die erforderlichen Maßnahmen nach deren Dringlichkeit so rasch als möglich umgesetzt werden. Der Respekt vor der Natur, die dringend gebotene Ressourcenwende, der Klimawandel, die volkswirtschaftlichen Interessen der werdenden Kreislaufgesellschaft und der nachfolgenden Generationen sind eindrückliche Herausforderungen, die entschlossenes und zielführendes Handeln für mehr Haltbarkeit fordern.

Interaktive Mängelliste online

Eine Studie, die zu ihrer Erstellung mehr als zwei Jahre benötigte, kann nicht in einer Woche umfänglich geprüft und bewertet werden. Das erste Studium zeigt bereits erhebliche Kritikpunkte. Bereits jetzt findet eine kritische Debatte zu dieser Studie in der breiten (Fach)Öffentlichkeit statt. Die aktuelle bereits umfangreiche Mängelliste wird online publiziert und laufend erweitert. [\[Interaktive Mängelliste online\]](#) Wir geben damit der (Fach)Öffentlichkeit eine interaktive Möglichkeit, sich an der kritischen Bearbeitung der Studie über die Kommentarfunktion mit zu beteiligen.

Hersteller als Opfer der Öffentlichkeit?

Das Papier liest sich insgesamt eher wie eine Verteidigung für die Position der Hersteller in Reaktion auf die seitens der Studie kritisierte öffentliche und mediale Debatte. Den Kernaussagen der Studie wird dabei eine umfassende Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) zugrunde gelegt, die sich allerdings nicht mit Fragen der Produktentwicklung und den betrieblichen Gründen für reduzierte Haltbarkeit befasst hat, sondern im Auftrag eines führenden Herstellerverbandes das Verhalten von Verbrauchern



untersucht hat. Zur Herkunft des umfangreichen Datenmaterials führen die Studienbetreiber aus:

„Die Verbraucherbefragung der GfK im Jahr 2013 erfolgte im Auftrag des Zentralverbandes der Elektro- und Elektronikindustrie (ZVEI). Die GfK-Daten durften freundlicherweise im Rahmen der vorliegenden Studie verwendet und publiziert werden.“ (auf Seite 88 in Fußnote 21)

Da diese GfK-Daten oder die Erhebung eigener Daten damit nicht vom Forschungsbudget bezahlt werden mussten, entspricht dies der Entgegennahme eines geldwerten Vorteils in Höhe von ca. 25.000 EURO der Auftragnehmer von einem führenden Herstellerverband, dessen Mitgliedsunternehmen zum zentralen Untersuchungsfeld der Studie gehören. Im Rahmen von mit öffentlichen Geldern finanzierten Forschungsaufträgen dürfte dies ein sehr ungewöhnliches Vorgehen sein. Das man dann noch mit dem ZVEI und der GfK im selben Gebäude seinen Sitz hat, gibt dem Gesamteindruck eine eigene Note. Eine rechtliche Prüfung steht noch aus.

Nachtrag

Der [ZVEI](#) nutzt die Ergebnisse auch gleich für seine Argumente.

Die ZEIT-Kolumne „[Quengelzone](#)“ erkennt in der Studie einen Beweis für geplante Obsoleszenz.



Mängelliste der UBA-Studie zu Obsoleszenz

Aufgrund der Vielzahl an Kritikpunkten stellen wir diese Mängelliste online und werden diese laufend aktualisieren. Wir geben damit der (Fach)Öffentlichkeit eine Möglichkeit, sich an der kritischen Bearbeitung der Studie über die Kommentarfunktion mit zu beteiligen. Auf externe Kritiken kann gerne auch – Kenntnis vorausgesetzt – gesondert verwiesen und nach Möglichkeit verlinkt werden. Für Hinweise über die Kommentarfunktion danken wir.

Für eigene Überprüfungen steht die [Studie hier zum Download](#) bereit. Für Fragen steht der Autor [Stefan Schridde](#) gerne zur Verfügung.

In eckigen Klammern werden Seitenverweise eventuell mit Zitaten zur Studie eingefügt. Wir bitten darum, die Angabe solcher Bezüge zur Studie auch bei Kommentierungen zu beachten.

Zum Arbeitsauftrag

1. Einfluss der Nutzungsdauer von Produkten auf ihre Umweltwirkung
 1. Die Studie thematisiert zwar die Frage der erhebliche Bedeutung von Langlebigkeit von Produkten für die Umwelt, nimmt dabei jedoch die ständige Zunahme von Produkten, die laufende Beschleunigung von Innovationszyklen, die zunehmende Verkürzung von Produktionszeiten und die Folgen durch den globalen Wettbewerb unkritisch und als gegeben hin.
 2. Die Untersuchung der betrieblichen Ursachen dafür, wodurch Haltbarkeit in Produkten reduziert wird, war nicht im Fokus der Untersuchung. Damit wurde ein wesentlicher Untersuchungsbereich zur geplanten Obsoleszenz unberücksichtigt gelassen.
2. Schaffung einer fundierten Informationsgrundlage
 1. Statt mit dem bereitgestellten Forschungsbudget eine eigenständige Datengrundlage zu schaffen, hat man eine Übersicht der bereits bestehenden Datenlage von nationalen und internationalen Studien erarbeitet. Hierbei entsteht der Eindruck, dass nur herstellereintlastende Daten in der Studie berücksichtigt werden. Soweit externe Studien geplante Obsoleszenz untersuchen, wird dieses nicht oder kaum erwähnt. Hier sind noch weitere zeitintensive Prüfungen zur Qualität der Verwendung der externen Daten im Rahmen der Studie notwendig.



2. Von Herstellerverbänden extern beauftragte Datenbestände wurden kostenfrei überlassen und als Auswertungsgrundlage genutzt. Die einzige Erkenntnis, die daraus für die Studie entnommen werden kann, ist, dass Verbraucher Produkte länger nutzen sollten.
 3. Über kleinere Studentenprojekte wurden eigene Daten erstellt, deren Grundgesamtheit qualitativ aufgrund deren Selektion unzureichend ist.
3. Entwicklung von handlungssicheren Strategien gegen „Obsoleszenz“
 1. Die Studie liefert einige nicht unbedingt neue Ansätze, um der Obsoleszenz zu begegnen.
 2. Die Studie ignoriert zahlreiche bereits in der Fachliteratur vorgeschlagene Handlungsansätze.
 3. Der Vorschlag einer „Einführung einer Mindesthaltbarkeitsdauer“ ist einer der kompliziertesten Lösungswege mit dem höchsten Zeitbedarf zu dessen Umsetzung, dessen Handlungssicherheit und Umsetzbarkeit äußerst fragwürdig ist.

Obsoleszenz Definition

1. Die Studie meint, dass über die Definition der geplanten Obsoleszenz sowie deren Zielsetzung kontrovers diskutiert wird [21], liefert dafür jedoch keinen Beleg. Eine Gegenüberstellung von strittigen Definitionsansätzen zur Verdeutlichung erfolgt nicht. Ebenso wird keine Definition geliefert, die der Studie selbst zugrunde gelegt wird. Die Kontroverse gibt es auch nicht. Geplante Obsoleszenz ist der wissenschaftliche Oberbegriff für die betrieblich veranlassten Methoden und Strategien zur Festlegung geplanter Gebrauchsdauern von Produkten mit dem Ziel, diese an den ökonomischen Zielen und Interessen des Unternehmens auszurichten. Insbesondere sollen damit Neukäufe stimuliert werden, um den Umsatz- und Renditezielen gerecht zu werden. Dem entspricht auch die in der Studie selbst angeführte französische Legaldefinition, die von den Studienbetreibern jedoch nicht übernommen wird.
2. Die Studienbetreiber sind sich selbst unschlüssig. Einerseits bestätigen sie geplante Obsoleszenz, da Hersteller die Lebensdauer ihrer Produkte planen [z.B. 31, 35ff], verhehlen jedoch, dass diese wie alle betrieblichen Entscheidungen an den betrieblichen Umsatz- und Renditezielen ausgerichtet wird. Sie reduzieren ihre Vermutungen darauf, dass die Kunden es seien, die eine Verkürzung der Nutzungsmöglichkeiten und –dauer wollen, die Hersteller folgten lediglich entsprechenden Konsummustern und wirkten auf diese nicht ein. Dies wird von ihnen jedoch nirgends belegt. Dann benennen die Studienbetreiber konkrete Maßnahmen gegen geplante Obsoleszenz auf betrieblicher Ebene [35], die sie



zuvor in der Existenz bestreiten. Ja selbst für die psychologische Obsoleszenz (Verstärkung der Neukaufneigung durch Werbung und Design) soll der Kunde die Verantwortung tragen. Eine solche Darstellung ist realitätsfern und verkehrt Ursache und Wirkung.

3. Die Auftragnehmer thematisieren klar Unterkategorien der geplanten Obsoleszenz in ihren Erscheinungen der werkstofflichen (auch: qualitativen), funktionalen, psychologischen und ökonomischen Obsoleszenz. Sie versuchen jedoch den Oberbegriff „geplante Obsoleszenz“ für alle betrieblich verursachten Nutzungsdauern selbst zu vermeiden oder reduzieren diesen auf Arglist, obwohl sie genau dies als unzulässige Eingrenzung der öffentlichen Debatte und medialen Darstellung vorwerfen. Sie reduzieren in ihren geschichtlichen Darstellung sogar gezielt die geplante Obsoleszenz auf die Unterkategorien „werkstoffliche Obsoleszenz“ und „funktionelle Obsoleszenz“, nur um den tatsächlich in den von ihnen selbst zitierten Fachpublikationen regelmäßig verwendeten Oberbegriff der „geplanten Obsoleszenz“ zu vermeiden [59].
4. Der Studie fehlt jede Trennschärfe zwischen Nutzungsobsoleszenz (psychologische oder sozio-kulturelle Gründe für Nutzungsdauerverkürzung) und psychologischer Obsoleszenz (Verstärkung der Neukaufneigung durch Werbung und Design seitens der Hersteller und des Handels). Hier greifen sie sogar zu Euphemismen, um die Situation und Verantwortung der Hersteller in ein besseres Licht zu stellen [60].
5. Die Studienbetreiber schreiben, sie hätten, ihrem Verständnis von geplanter Obsoleszenz im Sinne von arglistiger Obsoleszenz folgend, für eine solche keine Belege gefunden. Sie haben allerdings auch nicht wirklich danach gesucht [32]. Ein Beleg für arglistige Obsoleszenz wäre tatsächlich auch nur vor Gericht möglich, da es sich hier um einen strafrechtlichen Tatbestand handelt, der durch bloße Untersuchung des Produkts nicht begründet werden kann.
6. Ökonomische Obsoleszenz wird erheblich durch konstruktive und ökonomische Entscheidungen der Hersteller beeinflusst und ist eine eindeutige Unterkategorie der geplanten Obsoleszenz. Reparaturkosten von Waschmaschinen führen dadurch zu einem wirtschaftlichen Totalschaden [31].

Unabhängigkeit und Ausgewogenheit

1. Forschungsinstitute sollten als Auftragnehmer im öffentlichen Bereich besonderen Wert auf die Unabhängigkeit und Ausgewogenheit in der Auftragsbearbeitung legen. Mit der Entgegennahme eines geldwerten Vorteils in Höhe von ca. 25 Tsd. EURO durch die Überlassung der GfK-Daten seitens des Zentralverbandes der Elektro- und Elektronikindustrie (ZVEI) [S. 88, FN21] haben die Studienbetreiber ihre eigene Unbefangenheit gegenüber dem gestellten



Auftrag gefährdet und vermutlich allgemeine öffentlich-rechtliche Auftragsbedingungen im Forschungsbereich oder geltendes Recht verletzt. Eine rechtliche Prüfung steht noch aus.

2. Die in der Studie beschriebenen Aufgabenpakete zeigen einen deutlichen Schwerpunkt auf einer die Hersteller entlastenden Herangehensweise. Texte wirken stellenweise wie die Pressemitteilung eines Herstellers zu den in der Studie angesprochenen Fragen.

Datenerhebung

1. Die häufige Formulierung „die im Rahmen der Studie befragten Experten“ ist hinsichtlich einer kritischen Sicht zu deren Hintergrund (Herstellerebunden oder Herstellerneutral) unklar und lässt eine unabhängige Einordnung der von diesen getroffenen Aussagen nicht zu.
2. Die Datenerhebungen der Stiftung Warentest sind regelmäßig Stichproben, bei denen nur sehr geringe Stückzahlen der zu untersuchenden Grundgesamtheit entnommen werden (z.B. drei Stück bei Modellserien mit mehreren zehntausend Stück). Solche Datengrundlagen sind für die statistischen Aussagen im Untersuchungsfeld der Studie ungeeignet. Dies bleibt von den Studienbetreibern unerwähnt.
3. Unklarheiten in der Liste der angeschriebenen Institutionen
 1. Nicht angeschrieben wurden Adressen, die sich zur geplanten Obsoleszenz kritisch äußern.
 2. Warum wurden zwei Journalisten angeschrieben und werden nicht benannt?
 3. Wie kam es zur Auswahl der Hersteller?
 4. Welche Stellungnahmen bleiben unerwähnt (z.B. HTV, VZBV, VZ NRW)?
 5. Welche haben geantwortet?

Fragebögen

1. Das Fragebogendesign „Fernseher“ lässt keinen Raum für ausreichende Antworten.
2. Die gestellten Fragen zum teilweise hochkomplex und fragen sogar interne Daten und Betriebsgeheimnisse ab. Da ist die Zurückhaltung leicht erklärlich. Der Grund dafür wird jedoch in der Studie der öffentlichen Debatte und medialen Bearbeitung zugeordnet.
3. Es wird lediglich ein Fragebogen im Anhang aufgeführt. Üblich ist ein vollständiger Anhang.



Quellenauswertung

1. Waschmaschinen-Testdaten der Stiftung Warentest (StiWa) sind bei nur ca. drei Produkten je Modelltyp nicht für Aussagen zu Lebensdauer geeignet [30]. Die mangelnde Verwendbarkeit der Daten wird in diesem Fall auch in der Studie bestätigt [69], bleibt in deren weiteren Verwendung jedoch unberücksichtigt. Eine weitere kritische Untersuchung der StiWa unterbleibt. Die Aussagen der StiWa werden unkritisch übernommen.
2. Warum AfA-Tabellen in der Studie aufgeführt werden, ist sachlich nicht nachvollziehbar. Erstens werden diesen keine Konsumgüter zugrunde gelegt, zweitens gibt es Unterschiede in handels- und steuerrechtlicher Sicht zu deren Verwendung und drittens beruhen deren Daten bekanntermaßen nicht auf realwirtschaftlichen Daten, sondern werden in großen Zeitabständen relativ ungenau und pauschal ermittelt.
3. Wo können die untersuchten Quellen und von Dritten überlassenen Daten und Stellungnahmen für eine unabhängige Prüfung der in der Studie getroffenen Aussagen eingesehen werden?
4. Die Auswertung wissenschaftlicher Publikationen [74ff] zitiert umfassende Studien zu Lebensdauern und erwähnt deren Erkenntnisse zu geplanter Obsoleszenz nur nebenbei, ohne dies in der weiteren Studie zu beachten. Deren signifikanten Ergebnisse zu zunehmenden Neukäufen aufgrund eines Defektes werden ebenfalls erwähnt und werden in der Zusammenfassung hervorgehoben [101ff „Heutzutage werden in der Summe rund 70% aller Ersatzgeräte von Haushaltsgroßgeräten aufgrund eines Fehlers oder Defektes des vorhandenen Gerätes angeschafft.“ „Am höchsten liegt die Austauschrate heutzutage bei Wäschetrocknern und Gefriergeräten: annähernd 20% werden nach einer Nutzungsdauer unter 5 Jahren ausgetauscht, weil sie kaputt gegangen sind.“] Dies bleibt im Weiteren unberücksichtigt.

Fachthemen

1. (Alu)Elektrolyt-Kondensatoren
 1. Die Darstellungen zum Problematik sind technisch unzutreffend. Fehlplatzierte Elkos findet man auch auf Platinen ohne Prozessoren. Wo zum Beispiel sind bei einer Kaffeemaschine die Prozessoren?
 2. Die vermeintliche Begründung die Auswahl von Elkos mit einer geringeren Haltbarkeit aufgrund eines Kostenvorteils gegenüber Elkos mit einer vierfachen Haltbarkeit mit deren Mehrkosten in Höhe von 15%



verschweigt, dass dies einem absoluten Betrag von deutlich unter einem Cent entspricht.

3. Ausführliche technische Stellungnahme ist in Arbeit.
2. Drucker
 1. Die Erläuterungen beschreiben selbst typische geplante Obsoleszenz, ohne auf die wesentlichen Details der geplanten Obsoleszenz durch Zählertechnologien einzugehen.
 3. Waschmaschinen
 1. Die Studie untersucht nicht, warum MIELE bei Edelstahlbehältern bleibt, wenn doch die „Vorteile“ zu bedeutend sein sollen [32].
 2. Die Studie weist zwar auf die unterschiedlichen Ausführungen der Kunststofflaugenbehälter hin, erkennt darin jedoch nicht die geplante Obsoleszenz.
 3. Ausführliche technische Stellungnahme ist in Arbeit.
 4. Akkumulatoren
 1. Das Hersteller immer noch NiCd-Akkus einsetzen, bleibt in der Studie unberücksichtigt.
 2. Die Bedeutung der Steuerung von Lebensdauern durch Ladezyklenzähler bleibt unberücksichtigt.
 3. Ausführliche technische Stellungnahme ist in Arbeit.
1. Produkttestaufwand
 1. Die Studie beschreibt deutlich, dass Hersteller die Reduzierung von Haltbarkeit zugunsten der eigenen Kosten in Kauf nehmen [30]. Dabei ignorieren sie, dass Kosten je Stück sehr niedrig sind und Hersteller unter sonst gleichen Gesamtkosten deutlich höhere Haltbarkeiten produzieren könnten.
 2. Mit höherem Testaufwand verbundenen Kosten sind bezogen auf die Fertigungsgemeinkosten je Stück äußerst gering und können die Unterlassung von Produkttests wirtschaftlich nicht begründen.



2. Notebook
 1. Fehldarstellung eigener Studienergebnisse [83, letzter Absatz]
 2. Ausführliche technische Stellungnahme ist in Arbeit.
3. Das Paradigma: „Optimierungsziel ist, alle Bauteile so auslegen, dass sie ein möglichst gleich lange halten“ wird nicht hinterfragt. Es bedeutet, dass Produkte zunehmend am schwächsten Glied ausgelegt werden. Die Nachteile für fehlende Modularität werden nicht erkannt oder spezifiziert.
4. Ökonomische Vergleichsrechnungen
 1. Die dargestellten Berechnungen benennen nicht die Modelle und Modellannahmen, die den Berechnungen zugrunde gelegt wurden.
 2. Unklar ist insbesondere, welche Modelle als „langlebige Modelle“ ausgewählt wurden?

Fehldarstellungen

1. Die mediale Darstellung wird in der Studie wiederholt völlig unzutreffend und verkürzt als polarisierend und emotional dargestellt [21, 22, 31, 60, 133, 288]. Die Studie nimmt sich gezielt die Medienberichterstattung vor, um die dort dargestellten Inhalte zu überprüfen. Dabei geht es regelmäßig um die mediale Berichterstattung zu den vorgestellten Daten anderer. Die Medien werden sogar für die Zurückhaltung der Hersteller verantwortlich gemacht [133]. Tatsächlich fand in den vergangenen fünf Jahren eine breite und sachliche öffentliche Debatte mit medialer Begleitung statt. Die Ergebnisse und Inhalte dieser Debatte werden in der Studie nicht berücksichtigt. Eine Medienanalyse war auch nicht Auftragsbestandteil.
2. Eine Polarisierung in „Täter“ und „Opfer“ gab es nicht. Solche Beschreibungen in der Studie sind eine unsachliche Dramatisierung. Tatsächlich gibt es eine zutreffende Unterscheidung in Kunde und Lieferant. Insbesondere das zwischen diesen Gruppen bestehende ungleiche Macht- und Informationsgefälle wird bestätigt aber unzureichend untersucht. Man geht nur ansatzweise auf eine fehlende Transparenz im Kaufprozess ein.
3. Entwicklung neuer TV-Formate findet nicht, wie in der Studie dargestellt, unabhängig von Herstellereinfluss statt und führt oft zu vorzeitigen Kaufimpulsen, da diese neuen Formate als vermeintliche Innovation trotz fehlenden Angebots werblich genutzt werden.
4. Die Behauptung, die Ressourcenproblematik sei in den 1960er und 1980er Jahren kein Thema gewesen und käme erst in der heutigen Zeit zum Tragen [57],



verdeutlicht eine fehlende historische Klarheit der Studienbetreiber, da bereits damals die Ressourcen- und Wachstumsproblematik in großer öffentlicher Breite diskutiert wurde.

Interpretation der vorgestellten Daten

1. Innovation wird als Kaufgrund genannt, doch Haushaltskleingeräte haben sich kaum verändert und sind ebenso von geplanter Obsoleszenz betroffen.
2. Soweit Nutzungsdauern der Erwartung entsprachen, ist dies nicht eine Begründung für Zufriedenheit, sondern lediglich eine Bestätigung, dass man nicht mehr erwartet hat.
3. Geplante Obsoleszenz wird nicht erkannt, obwohl der Studie entnommen werden kann:
 1. Waschmaschinen, Haushaltskleingeräte, Wasserkocher: in ca. zwei Drittel der Fälle waren Defekte (häufig Elektrik, Pumpe, Lagerschaden[30]) Hauptgrund für den Neukauf.
 2. LCD-TV halten seit Markteinführung im Schnitt max. fünf Jahre. Hauptursachen werkstoffliche/qualitative Obsoleszenz (Display, ELKO, Netzteilkarte).
 3. Die durchschnittliche Nutzungsdauer für Röhrenfernseher lag bei 10 Jahren, bei LCD-TV dann ab Markteinführung bei 5 Jahren. Dies lässt sich nicht mit einem Wechsel im Käuferinteresse erklären, sondern nur mit dem Interesse der Hersteller, mit der Neueinführung sogleich eine neue durchschnittliche Nutzungsdauer einzuführen. Technologisch wäre sicher eine zehnjährige Nutzungsdauer zu gleichen Kosten möglich gewesen. Dieser Zusammenhang bleibt unerwähnt.
 4. Notebooks werden zunehmend aufgrund eines Defektes (eher konstruktiver Mängel, d.h. thermische Probleme durch fehlende Wartbarkeit, mechanische Abnutzung z.B. Scharniere) ersetzt.
 5. Hersteller senken Testdauern und geben der Haltbarkeit bei sonst gleichen Kosten keine angemessene Gewichtung. Die damit verbundenen äußerst geringen Einzelkosten je Produkt werden nicht analysiert.
 6. Festverbaute Akkus werden als Ersatzgrund bei schwächerer Leistung erkannt.
 7. Die Ausfallwahrscheinlichkeit bei Waschmaschinen bei einem Kaufpreis <550 EUR hat sich von 2003-2013 verdreifacht. Hierbei wären die Ausfallgründe wichtig, werden jedoch nicht analysiert [106].



Entsprechende Daten der UNI Bonn werden nicht publiziert, obwohl sie im BMUB bereits vorgestellt wurden.

4. Häufig werden in der Studie nur die durchschnittlichen Nutzungsdauern von gesamten Produktgruppen genannt. Wichtig sind jedoch jeweiligen Min-Max-Spannen und deren Verteilung und Gewichtung in den jeweiligen Produktbereichen, um zu erkennen, wie die Lebensdauern variieren.
5. Die Angabe des Kaufwunsches nach einem neuen Gerät, schließt nicht den Defekt des vorherigen Geräts aus. Dies kann im Verständnis des befragten Konsumenten lediglich eine andere Sicht oder abweichende Interpretation zum persönlichen Kaufmotiv als Hintergrund haben oder das vom Befragten die Angabe dieses Grundes präferiert wird. Diese methodische Unschärfe kann eine Fehldarstellung in den Daten zur Folge haben. Dies bleibt in der Auswertung unberücksichtigt.
6. Die Auswertung der „Kondensatorstudie“ [102ff] betrachtet nur Durchschnittswerte über den gesamten Zeitraum von vierzig Jahren. Eine Abgrenzung nach Zeitabschnitten zur Ermittlung von Lebensdauerverkürzungen im Zeitvergleich findet nicht statt, würde jedoch signifikanten Aufschluss zu Verkürzungen geben. (siehe dazu auch die Publikation „[Defekt unerwünscht](#),“)
7. Häufige Produktwechsel werden in der Studie erkannt [106], doch bleibt diese Erkenntnis im Zusammenhang mit geplanter Obsoleszenz unberücksichtigt.

Unterlassungen

1. Die Auftragnehmer thematisieren nur ihre durch den Auftrag begründeten Unterlassungen. Sie lassen jedoch noch mehr außer Betracht.
2. Obwohl sie bestimmte Quellen zitieren oder konkretes Handeln gegen geplante Obsoleszenz ansprechen (z.B. EWSA, EU-Kommission(?), Frankreich), lassen sie deren Prüfungen und Begründungen für Maßnahmen gegen geplante Obsoleszenz unerwähnt.

Was fehlt?

1. Eine genaue Spezifikation und Berechnung der ökologischen und volkswirtschaftlichen Schadfolgen findet nicht oder nur rudimentär statt. (z.B. LCD-TV: ein Jahr mehr Haltbarkeit entsprechen einer Milliarde Euro potentieller Konsum.)
2. Die Verantwortung der Handelsunternehmen bleibt komplett unberücksichtigt.
3. Politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen nehmen Einfluss auf die betriebliche Produktentwicklung und können zu einer Nutzungsdauerverkürzung



führen (normative Obsoleszenz). Dies bleibt in der Studie vollständig unbearbeitet, obwohl zitierte Quellen darauf hinweisen.

4. Kompetenzverluste durch Obsoleszenz werden nicht beachtet, z.B.
 1. Industrieanalphabetismus und Verlust technologischer Kompetenz in der Gesellschaft
 2. Verlust von Haltbarkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen
 3. Verlust von handwerklicher Kompetenz in den Regionen
 4. Desensibilisierung der Jugend für Qualität und Haltbarkeit

Strategien gegen Obsoleszenz

1. Der Fokus wurde auf technische Lösungen sowie managementbezogenen Strategien und Lösungsansätze gelegt [35]. Hier werden sogar konkrete Ursachen für geplante Obsoleszenz benannt, obwohl man diese zuvor bezweifelte.
2. Statt konkrete Maßnahmen für mehr Haltbarkeit vorzuschlagen, werden vorrangig Maßnahmen zur Behebung von Informationsasymmetrien vorgeschlagen [39].
3. Es werden unnötig komplexe Strategien vorgeschlagen, die eine Lösung auf die „lange Bank“ schieben, z.B. Erarbeitung von Testnormen für lebensdauerbezogene Prüfungen, die 30-60 Monate Zeit benötigen sollen. Sie sollen vermeintlich die Hersteller in die Pflicht nehmen, schützen diese jedoch durch unnötige Komplexität, welche eine tatsächliche Umsetzung von notwendigen Regularien erschwert. Eine extern festzustellende Mindesthaltbarkeit erfordert die Entwicklung von normierten Testverfahren je Produktkategorien (ähnlich kompliziert und langwierig und umgebar wie die Ökodesign-Richtlinie), komplizierte Zulassungsverfahren für geeignete Testinstitute und kosten- sowie zeitaufwändige Prozeduren, von denen die StiWa heute schon sagt, dass getestete Produkte in deren Zeitverlauf schon aus den Regalen verschwinden. Lösung: In der Produktentwicklung wird im Lastenheft die für das Produkt geplante Gebrauchsdauer festgelegt. Diese muss im Rahmen einer gesetzlich festgelegten und mit einem vorgeschriebenen deutlichen Design an Produkt und Verpackung sowie den Werbehinweisen angebracht werden, mehr nicht.
4. Bereits vorliegende Handlungsstrategien bleiben unberücksichtigt oder werden ohne deren Nennung antizipiert (z.B. die österreichische Reparaturnorm ONR 192102, nur eine von vielen).



5. Leasing ist bereits sehr markterprobt und wird erstaunlicherweise als „innovatives Servicemodell der Hersteller“ vorgestellt. In der Produktentwicklung wird im Lastenheft die für das Produkt geplante Gebrauchsdauer festgelegt. Diese muss im Rahmen einer gesetzlich festgelegten und mit einem vorgeschriebenen deutlichen Design an Produkt und Verpackung sowie den Werbehinweisen angebracht werden, mehr nicht.

Linkliste zu externen Analysen und Kritiken

Wir veröffentlichen hier Links zu externen Analysen und Kritiken.

UBA-Studie Obsoleszenz / Analyse und Kritik

- [Analyse der UBA-Studie Obsoleszenz](#)
- [Frankfurter Rundschau](#)
- [Mängelliste der UBA-Studie Obsoleszenz](#)
- [Mobilegeeks](#)
- [ZEIT Kolumne Quengelzone](#)

Kontakt Daten

Diplom-Betriebswirt (FH) Stefan Schridde

Falkenberger Str. 172; 13088 Berlin

Kontakt Daten

fon +49 30 25 58 03 21

gsm +49 176 83 29 91 80

skype stefan.schridde

Webseiten

www.murks-nein-danke.de/verein

www.schridde.org